

DIE FACKEL

Nr. 26

WIEN, MITTE DECEMBER

1899

20. Dezember.

Um eine Lappalie, um die Wahl zwischen Exlex und § 14 ist in den letzten zwei Wochen gestritten worden; und eine Lappalie war's auch, die von dieser Wahl abhing: ob das Ministerium Clary bleiben durfte oder nicht. Daß Ungarn den Ausgleichsrest zu herabgesetztem Preise erhalten müsse, stand fest, und der ungarische Ministerpräsident bestand auf dem § 14. So ist die Regierung des Grafen Clary an Szell — pas trop de zèle — gestorben.

Und jetzt wird das Parlament auf kurze Zeit abdizieren, damit der Absolutismus die Verantwortung für sein Werk trage. Aber die vergangenen zwei Monate sind keineswegs bedeutungslos für die Entwicklung des Parlamentarismus in Österreich gewesen. Vielmehr haben sie eine Neuerung von höchstem Werte gebracht: *Die Obstruktion der Majorität*. In konstitutionellen Staaten muß der Wille der parlamentarischen Mehrheit nicht nur in den Beschlüssen des Parlaments sich ausdrücken, sondern auch durch eine Exekutive, die aus den Vertrauensmännern jener Mehrheit zusammengesetzt ist, in Taten umgesetzt werden. Die Minorität bescheide sich mit Kritisieren und Kontrollieren; versucht sie den Gang der Staatsgeschäfte durch Obstruktion zu hemmen, so ist die schärfste Abwehr, rücksichtslose Niederwerfung geboten. Eine Obstruktion der Minderheit zerstört den Parlamentarismus, bekämpft den Geist des Konstitutionalismus. Das gerade Gegenteil ist der Sinn einer Obstruktion der Mehrheit; sie richtet sich nicht gegen das Parlament, sondern gegen eine Regierung, der die parlamentarische Majorität ihr Vertrauen entzogen hat. Sie versagt Ministern, die sich lediglich als Diener des Monarchen fühlen, nicht nur die Mitwirkung der Volksvertreter bei der Gesetzgebung — dazu würden einfache Kontra-Voten genügen —, sondern sie bedeutet ihnen, daß das Parlament auch auf den gebührenden Einfluß in der Verwaltung nicht verzichten wolle. Und sie stellt also die Alternative auf: Entweder *voller* Konstitutionalismus, Mehrheitsherrschaft im Parlament und parlamentarische Regierung — oder offener Absolutismus, Schließung des Parlaments und Beamtenregierung.

Wird das österreichische Parlament so sehr erstarken, um in Hinkunft einmal den ersten Teil dieser Alternative durchzusetzen? Ich sehe schon darin einen Fortschritt gegenüber dem Scheinkonstitutionalismus der letzten zwei Monate, daß es diesmal den zweiten Teil durchgesetzt hat. So wird denn ein Nachfolger für Clary gesucht, und man behauptet, er sei bereits in Herrn v. *Wittek* gefunden worden, der nicht nur Vorsitzender im Ministerrate, sondern mit Rücksicht auf seine folgende Pensionierung Ministerpräsident werden solle. Das wäre tief zu bedauern. Denn ein weit Schlechterer als *Wittek* hätte der Aufgabe, die jetzt diesem gestellt wird, genügt. Aber seine kurze Ministerpräsidentschaft wird uns um den besten Eisenbahnminister bringen, den wir zur

Verfügung haben. Der Platz wird für einen Mann freigemacht, der sich nachgiebiger gegen die Wünsche des Herrn v. Taussig zeigt. Dann wird wohl die Staatsbahn die Bewilligung einer Investitionsanleihe bedingungslos erhalten, die Verstaatlichungsprojekte à la Wurmbrand werden von neuem auftauchen, und das Haussetreiben in Taussig—Papieren, dem Wittek ein Ende bereitet hat, kann wieder beginnen. Der 'Neuen Freien Presse' und der 'Zeit', die erst einen Taussig—Offiziosus die Interessen der Staatsbahn gegen den Staat mit Argumenten, die der Gesetzesunkenntnis entspringen, verteidigen läßt und dann ein Haberfeldtreiben gegen Taussigs Gegner Wittek beginnt, mag's recht sein. Ich meine, Herr Wittek müßte sich gegen den Versuch, ihn unschädlich zu machen, mit allen Kräften wehren. Sollte er aber dennoch die Ministerpräsidentschaft übernehmen und nachher in Pension gehen, so wünsche ich ihm ein otium cum dignitate. Ich hoffe, die dignitas, die Würde, wird bei ihm nicht wie bei so vielen seiner ehemaligen Kollegen die eines Verwaltungsrates sein.

* * *

Der Gemahl der Frau Kallay hat im Budgetausschusse der österreichischen Delegation nachzuweisen gesucht, daß die Kulturtaten seiner bosnisch—herzegowinischen Verwaltung nicht bloß das Erschießen von angebundenen Tauben und das Aushungern von eingesperrten Studenten umfassen. Soweit Herr Kallay. Von der Una bis zur Drina ist alles aufs beste bestellt, und des Abgeordneten Eim Prophezeiung, man werde bald nicht mehr von Potemkinschen Dörfern, sondern nurmehr von bosnischen Kallaydoskopen sprechen, erweist sich als grundlos schnöder Wortwitz. Kallay sitzt fest, Bosnien schreit vorwärts ... Wenn der Mann, den wir außer den Herren Goluchowski, Krieghammer und Spaun mit Ungarn glücklicherweise »gemeinsam« haben, auf ein reines Gewissen stolz sein könnte, würde er es wahrlich nicht dulden, daß sein Wiener Sektionschef — der Herr heißt Horovitz oder Horwitz — sich zur Verherrlichung des bosnischen Aufschwungs geflissentlich der schmutzigsten Presse Wiens bedient. Die neuestens von Revolverjournalisten »okkupierten Provinzen« seufzen unter der Last der Steuern, mit denen sie die berühmten Gastmähler der bosnischen Landesregierung bezahlen müssen. Ich kann aus Rücksicht für Setzer und Leser die Namen jener Kumpane nicht nennen, die in den letzten Jahren in Sarajewo auf Landeskosten ausgefüttert wurden und die heute in den Bürozimmern des gemeinsamen Finanzministeriums zu Wien ein— und ausgehen dürfen. Aus dem düstersten Winkel unseres journalistischen Verbrechertums führt ein unerforschlicher Weg zur Gunst der Kallay und Horovitz; Männer, die ehemals froh waren, hin und wieder auf freiem Fuße leben zu können, leben jetzt plötzlich auch auf großem, und jährlich einmal werden diese willigsten Verkünder bosnischer Herrlichkeiten im *Orienterpresszug* nach den Gefilden von Ilidze befördert. Herrn v. Kallay mag es mit Genugtuung erfüllen, seine Tüchtigkeit in gewissen illustrierten Blättern bestätigt zu finden und für teures Geld dasselbe zu erreichen, was jeder kleinen Theaterdame bekanntlich für 20 fl. und ein Jahresabonnement gewährt wird. Aber die Frage, was mit dem Dispositionsfonds des Reichsfinanzministeriums geschieht, wäre wohl auch des Nachdenkens unserer Delegierten würdig. Es ist ja wahr, geschenkt bekommt Herr v. Kallay so wenig wie Herr Goluchowski eine lobende Zeile, und ich sehe ein, daß diese Herren in ihre Budgets einen entsprechenden Posten für Selbstbetrug und reichsgemeinsame Illusionen einstellen müssen. Aber dann mögen sie wenigstens das beruhigende Gefühl, daß die Wahrheit nichts kostet, besser zu schätzen wissen, ein

Gefühl, das Herr v. Kallay angesichts des folgenden Situationsberichtes, der mir aus dem Herzen seiner Satrapie zuing, in vollen Zügen genießen wolle.

Das in Nr. 22 über die bosnischen Zustände Gesagte kann mein Gewährsmann nur vollinhaltlich bestätigen. Es ist richtig, meint er, daß Österreich die Bauern nicht aus der Leibeigenschaft befreit, fügt aber noch hinzu, daß es diese Befreiung gar nicht angestrebt hat. Niemals habe es die Privilegien der mohammedanischen Grundherren (Befs) ernstlich anzutasten gesucht. Diese Kaste, die sich kulturell und wirtschaftlich nicht der geringsten Daseinsberechtigung rühmen kann, wurde für den wichtigsten Teil der Bevölkerung angesehen, das ganze Regierungssystem auf ihrer Begünstigung aufgebaut. Allen ihren Forderungen gegenüber zeigt man sich nachgiebig, all ihre Übergriffe erträgt man mit sauersüßer Miene. Die Lage des Bauern hat sich in diesen zwei Jahrzehnten durchaus nicht verändert, seine Knechtschaft ist nicht weniger drückend, sein Kulturniveau nicht höher geworden, aber seine materielle Lage ist weit schlechter als früher. Denn, wurde er vorher nur von dem Beg ausgesaugt, so wird er jetzt auch noch durch den Druck der Steuern, die er dem Staat entrichtet, und von den Wucherern ausgepresst. Dem Grundherrn muss er heute wie früher ein Drittel vom Getreide, die Hälfte von Heu und Obst abliefern, dem Staat den zehnten Teil seines Ertrages. Die zweite Abgabe wird — so sonderbar es klingen mag — weit drückender empfunden, da der Zehnte nicht in Naturallieferungen, sondern in Geld gezahlt werden muß. Dazu die Modalitäten der Steuereinhebung:

Vor der Ernte schickt die Behörde sogenannte Zehentschreiber in die Dörfer, die den mutmaßlichen Ertrag der einzelnen Felder abschätzen. Dafür, daß die Schätzungen nicht zu gering ausfallen, wird gesorgt, indem sich die Gebühren dieser Leute nach der Höhe ihrer Aufschreibungen richten. Dann wird die Umrechnung der Aufschreibungen vorgenommen; sie erfolgt natürlich auf Grund eines ziemlich hohen Preises. Um nun die Steuer zu zahlen, muss der Bauer den Kaufleuten, auf die er mit allen seinen Bedürfnissen angewiesen ist, Getreide zu einem weit niedrigeren Preis verkaufen. Wenn er aber wegen Mißernte oder anderer Unglücksfälle nicht zu zahlen imstande ist, dann wehe ihm! Mein Gewährsmann behauptet einen Bezirksvorsteher zu kennen, der die Bauern, wenn sie nicht zahlen und wenn auch die Pfändung kein Resultat ergibt, einfach in den Arrest sperrt, bis sie, um sich daraus zu befreien, zu Wucherzinsen Geld aufnehmen. Der Wucher sei in Bosnien eine wahre Landplage. Hauptsächlich serbische Kaufleute betreiben den Wucher geradezu öffentlich, mit Wissen der Behörde. Jeder von ihnen hat seine bestimmte Klientel, die nur auf ihn angewiesen ist. Er kauft den Bauern ihre Produkte zu den niedrigsten Preisen ab, er verkauft ihnen dafür Samen zu den höchsten, er versieht sie mit allem, was sie brauchen. Sie sind bei ihm zu kaufen gezwungen; zu einem andern zu gehen würde nichts nützen, da die Kaufleute eine Art Kartell bilden. Mit allem müssen sie zufrieden sein, sonst wird ihnen kein Geld geborgt. Und die Regierung sieht dem Treiben der Leute ruhig zu; ohne sie gäb's keine Steuern, und der Wucher ist ohnehin die einzige Freiheit, die die Serben unter österreichischer Herrschaft besitzen. Zudem muss noch der Bauer für jedes Stück Vieh, das er sein eigen nennt, zahlen und die Straßensteuer entrichten. Für diese bleibt ihm allerdings die Möglichkeit einer Kompensation: 6 Tage lang auf der Straße Steine zu klopfen ... Ist es da ein Wunder, daß der größte Teil der Bevölkerung aus jämmerlich abgemagerten, halbverhungerten Leuten besteht, daß Typhus und andere Seuchen das Land verheeren, daß die Mortalitätsziffer erschreckend hoch ist und daß des Bauern Vieh aus Nahrungsmangel zugrundegeht? Und was für Vorteile hat er von der jetzigen Herrschaft? Ein paar Beispiele mögen dies zeigen. Er

muß zwar für die Erhaltung der Straßen zahlen. Diese kommen ihm aber fast gar nicht zunutze; sie verbinden nur die einzelnen Bezirksorte miteinander, nach den Dörfern aber führen elende Wege, die nicht um ein Haar besser sind, als sie in der Türkenzeit waren. Der Bauer zahlt auch für Schulen. Aber von den Bezirken, die mein Korrespondent kennt, besitzt einer mit 30.000 Einwohnern zwei, ein zweiter mit fast ebensovielen nur eine Schule. Dafür ist eine andere Institution umso verbreiteter: der Arrest. Er ist so recht das Wahrzeichen der Kallay'schen Kultur und scheint als das Allheilmittel betrachtet zu werden. Zwei der bezeichnendsten Fälle seiner Anwendung: Ein Bezirksvorsteher sperrt sein Dienstmädchen ein, weil es eine Ungeschicklichkeit begangen hat. Ein Bauer, der sich vor Gericht verteidigt und dem Richter, der rasch fertig werden will, zuviel redet, bekommt deshalb Arrest. Bei jeder Kleinigkeit regnet es Arreststrafen. Es dürfte nicht allzuvielen Bauern geben, die noch nicht eingesperrt waren. Minder westlich erscheint und mehr an Ungarn erinnert die Institution des Prügeln. Ein Richter versichert, daß man nichts aus den Bauern herausbekomme, wenn sie nicht zuerst durch Prügel »mürbe gemacht« würden.

Es gibt wohl einige auch für den Bauer segensreiche Einrichtungen, aber diese sind nicht imstande, das furchtbare Elend zu lindern. Auch sind sie ziemlich spärlich gesät: denn die Regierung muß sparen; sie braucht Geld, nicht nur für Ilidze, sondern auch für die Ausstellungen in Budapest, Brüssel, Wien, von denen außer der journalistischen Umgebung des Herrn Kallay niemand einen Vorteil hat. Die Herstellung der »bosnischen Landesprodukte« in Österreich soll nicht wenig teuer sein ... Willkür im Innern, eitles Prunken im Ausland charakterisieren das dortige System. Und vielleicht kann man dies alles nicht einmal Herrn Kallay zum Vorwurf machen. Seine sichtbare Tätigkeit besteht ja ausschließlich darin, daß er auf seinen Rundreisen jedem Beg angelegentlich die Hand drückt und Berichte über die »soziale Lage« entgegennimmt.

* * *

Eine Trauerfeier im österreichischen Parlament.

Aus dem stenographischen Protokolle der XXVI. Sitzung:

Abgeordneter Sileny: — — — — —

— — — — — In einem Fachwerke wird als Beispiel Hermann Pollak angeführt, der zwei gleichartige Fabriken gründete, und zwar eine in Neurode in Preußisch—Schlesien, eine zweite in Österreich, in Braunau, und zwar die in Preußisch—Schlesien für beinahe so viel Mark, als die bei uns in Gulden. Hohes Haus! Soeben ist die Nachricht eingelangt, daß der hochverehrte langjährige Präsident dieses hohen Hauses, Seine Exzellenz Dr. Franz Smolka, aus dem Leben geschieden ist. Angesichts dieses traurigen Ereignisses ist es nicht angezeigt, daß ich in meinen Auseinandersetzungen fortfahre. Ich bin geneigt, in meinem Vortrage abzubrechen, bitte aber den Herrn Präsidenten, nachdem es für die Kennzeichnung unseres Standpunktes gegenüber den in Debatte stehenden Vorlagen notwendig ist, noch weitere Ausführungen folgen zu lassen, diesen meinen Entschluß nur als Unterbrechung meiner Rede zu betrachten und mir für den Fall, daß die Sitzung geschlossen wird, für die nächste Sitzung noch das Wort vorzubehalten. (Beifall.)

Präsident Fuchs: Ich kann leider der Bitte des Herrn Abgeordneten nicht entsprechen. Er hat heute gewiß in außerordentlicher Weise Zeit zur Verfügung gehabt, seine Rede zu halten und zu vollenden. Ich kann daher nicht zugeben, daß er die Rede, die er heute abgebrochen hat, morgen fortsetze. Nachdem ich beim Worte bin, so gestatten Sie mir, daß ich der tiefstempfundenen Trauer des Hauses Ausdruck gebe ...

* * *

NACHTRÄGLICHES ZUR »AFFÄRE«.

»Totschweigen gibt's nicht!« In den flüchtigen Zeilen, die mir *Liebknecht* mitten im Trubel aufreibender Arbeit, heißer Kämpfe geschrieben hat, neben kurzen Mitteilungen von dem lustigen Begräbnis der Zuchthausvorlage, von der Redeschlacht über die Flottenpläne Williams, des Admirals der englischen Marine, kehrt die Versicherung zwei, dreimal wieder. Der alte Streiter hat Recht behalten. Vor mir liegen Stöße von französischen und auswärtigen Blättern; überall der Name *Liebknecht* und 'La Torche' (die Fackel) — wegen der Artikel Liebknechts und des roten Umschlags gilt sie den Franzosen als parteisozialistische Revue — war zwei Wochen lang in Frankreich das meistzitierte Blatt.

In allen Sprachen waren die Darlegungen eines Mannes, dessen Intellekt alle »Intellektuellen« zehnmal aufwiegt, und dessen Wahrheitsdurst aus reineren Quellen als den Redewässern der Dreyfusler zu schöpfen gewohnt ist, totgeschwiegen worden. Dafür hatte Liebknecht nur eine Erklärung gewusst. »Man antwortet nicht,« sagt er in seinem Schlußartikel in der 'Fackel', »weil man mich nicht widerlegen kann.« Es war nicht das allein. Sicherlich, Liebknechts Beweisführung hat viele überzeugt; sie schämten sich des Irrtums, ohne den Mut zu besitzen, ihn zu bekennen. Aber die Mehrzahl hörte in dem Taumel, in den der Höllenlärm der Kampagne sie versetzt hatte, die Worte der Wahrheit, ohne sie verstehen zu können. Und um Argumente ad homines, für Leute, die um jeden Preis glauben wollten, waren doch die Leiter der Kampagne nicht verlegen. Nein, sie haben deshalb geschwiegen, weil sie sich zum Eingeständnis, daß ihre ganze Taktik verfehlt war, nicht entschließen durften. Einem Publikum von Lesern, die man jahrelang glauben gemacht hatte, daß nur Niedertracht und reaktionärer Geist den Dreyfus—Feldzug mißbilligen könne, wagte man nicht mitzuteilen, daß ein Liebknecht ihm das verdiente unrühmliche Ende bereitet habe.

Jetzt hat diese Feigheit sich bitter gerächt, und die Taktiker haben zu den vielen früheren Triumphen ihren Gegnern noch einen letzten bereitet. Eine nationalistische Halbmonatschrift 'L'Action française', geleitet von Maurice Barrès, hat Liebknechts Artikel in extenso übersetzt und sie in über 100.000 Exemplaren in ganz Frankreich verbreitet. 'Gaulois', 'Petit Journal', 'l'Intransigeant', 'Libre Parole', 'Echo de Paris' und unzählige kleine Blätter haben ausführliche Auszüge gebracht, und jubelnd verkündet Herr Judet, das sei endlich der längst angekündigte Keulenschlag gegen die Dreyfusards. Da zum ersten male aus dem Ausland die Stimme eines Aufrichtigen, der Licht und Schatten gerecht verteilt, nach Paris dringt, werden die chauvinistischen Herren dem Programm der Selbstherrlichkeit des französischen Geistes, das sie jahrelang verkündet haben, sogleich untreu. Ja, sie möchten sogar seinen Kampf mit ihren ihren identifizieren. Die Männer, die in einem Seitenarm treiben, wo eine rückläufige Strömung herrscht, rühmen sich mit Liebknecht parallel zu schwimmen, der im Hauptstrom gegen den Strom kämpft.

Und nun geschieht das Tollste, was die ganze Kampagne zutage gefördert hat. Die Dreyfus—Freunde, die seit Jahren jeden Schmierfinken in einem auswärtigen Blatte, der für Dreyfus eintrat, als Autorität zitiert haben, entdecken auf einmal, daß ein Fremder die Ereignisse in Frankreich nicht richtig beurteilen könne, und die 'Aurore' spottet darüber, daß der angebliche Keulenschlag nichts weiter sei, »als ein Artikel in einer Wiener Zeitung, der Feder eines deutschen Journalisten entstammend, der von den Fälschungen und dem Selbstmord Henrys noch nichts weiß«. Den Namen des »deutschen Journalisten« hat sie verschwiegen, und die Behauptung, er wisse nichts von den Fälschungen Henrys, ist eine Fälschung, da dem Redakteur der 'Aurore' der dritte Artikel Liebknechts in der wortgetreuen Übersetzung der 'Action française' vorlag. Aber auch ehrlichere Dreyfus—Blätter als die 'Aurore' verwahren sich dagegen, daß man das Zeugnis eines Ausländers anrufen wolle.

Diese Stellung konnten natürlich die französischen Sozialisten, denen es mit der Internationalität Ernst ist, nicht einnehmen. Und so fand Herr Gèrault—Richard in der 'Petite Republique' keinen anderen Ausweg, als die Richtigkeit der Übersetzung der Artikel anzuzweifeln, von denen er sagt, sie hätten den Gegnern der Sozialisten (soweit diese nämlich Anhänge von Jaurès sind) Waffen geliefert, die umso mörderischer seien, weil sie von Freundeshand geschmiedet wurden. Wenn Liebknecht übrigens sehe, von welchen Leuten diese Artikel jetzt ausgenützt würden, müsse es ihm recht nahe gehen, und er müsse schon bedauern, sich der Gefahr, auf diese Weise übersetzt und verwertet zu werden, ausgesetzt zu haben. Nun denn, die mir vorliegende Wiedergabe der Artikel in der 'Action française' ist ganz korrekt. Hätte also Liebknecht noch mehr zu bedauern?

Ich weiß nicht, ob er zu dieser Frage hier noch das Wort zu ergreifen gedenkt, aber ich weiß, daß er nichts bedauert. Denn gegenüber allen diesen, gewiß in bester Absicht, aber mit wenig Einsicht handelnden Parteigenossen, die aus taktischen Gründen sich zuerst in das Vordertreffen der Kampagne gedrängt haben, dann aus taktischen Gründen den Sozialismus zum Bundesgenossen eines Waldeck—Rousseau und Galliffet machten und jetzt aus taktischen Gründen fordern, daß das *initium fidelitatis* beim Bruderpunsch zwischen Militarismus, Geschäftsliberalismus und Sozialismus durch kein ernstes Wort gestört werde, hat er seit Jahren den Prinzipienstandpunkt des Klassenkämpfers vertreten. Auf dem jüngsten Kongresse haben Guesde und andere um des größeren Zieles der sozialistischen Einigkeit willen den Taktikern ein Stück entgegenkommen können. Aber in naher Zeit werden die Ereignisse jenen Recht geben, die den Sozialisten raten, ihre reine Sache unter einer reinlichen Scheidung von den jetzigen Bundesgenossen der Millerand und Jaurès zu vertreten.

Ich will heute über Prinzipien und Taktik nicht sprechen. Aber ich glaube, daß auch die österreichische Sozialdemokratie aus demjenigen, was Liebknecht über die Vorgänge in Frankreich zu sagen hatte, eine gute Lehre entnehmen müßte. Daß sie sich die Bundesgenossenschaft der Liberalen auch nur zeitweise gefallen läßt, hat ihr niemals Nutzen gebracht. Heute ist die Aussicht auf eine Wiener Wahlreform fast geschwunden, nicht weil die Regierung Herrn Lueger zuliebe, dem zuleide Sozialismus und Liberalismus sich verbündet haben, die Frage der Sanktion der neuen Wahlordnung in Schwebeläuft, sondern weil die Liberalen mit allen Mitteln dagegen arbeiten, daß die Sanktion definitiv verweigert werde, damit eben nicht eine neue Agitation für das allgemeine Wahlrecht beginne, sondern alles beim alten bleibe. Und was hat die Teilnahme an der Dreyfus—Kampagne zur Folge gehabt? Daß das Vertrauen in den österreichischen Militarismus erstarkt ist. Leser, die beständig

vernommen haben, daß im republikanischen Frankreich Kriegsminister, Generalstab, Generäle und neun Zehntel der Armee Schurken und Meineidige seien, haben sich sagen müssen, daß die Zustände im monarchischen Militärstaat doch tausendmal bessere sind. Denn daß österreichische Offiziere aller der Scheußlichkeiten, die den französischen angedichtet wurden, unfähig sind, weiß jeder. War es also nicht offenbar, daß ein strenger Militarismus, wie der unsrige und der deutsche, solche Entsittlichung, solche Verderbnis des militärischen Geistes verhindert? Ich weiß nicht, ob die 'Arbeiter—Zeitung' diese Gedanken in ihren Lesern wachrufen wollte; ich konstatiere, daß sie es getan hat. Aber der österreichischen Arbeiterschaft, der das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie Liebknechts Widerlegung solcher Gedanken verschwiegen hat, durfte diese nicht vorenthalten bleiben. Auf zahlreiche, mir brieflich geäußerte Wünsche von Parteiorganisationen habe ich Liebknechts Artikel — auch seinem Wunsche gemäß — als Broschüre erscheinen lassen, und Tausende von denkenden Proletariern stimmen heute ihrem Inhalt zu.

Auf dem Sozialistenkongreß in Paris hat Liebknechts Stellungnahme zur Dreyfus—Affäre noch einen Zwischenfall hervorgerufen. Herr Joindy, Redakteur der 'Petite Republique' und der 'Aurore', hat den Ruf: »Nieder mit Liebknecht!« ausgestoßen, als von der Dreyfus—Frage die Rede war. Der Mann ist gebührend bestraft worden, und ein ungeschickter Versuch, ihn bei einem Bruderpunsch, der nach Schluß des Kongresses stattfand, zu rehabilitieren, ist kläglich gescheitert. Dieser Vorfall wurde sogar, natürlich ohne daß der Anlaß genannt ward, in der 'Neuen Freien Presse' verzeichnet. Herr Frischauer begriff die Wichtigkeit der Störung eines Festes, wo es zu essen und zu trinken gibt. Daß Guesde und seine Freunde einen mit 50 Centimes »bereits bezahlten« Punsch im Stiche ließen, weil sie einen hochverehrten Führer nicht beleidigen lassen wollten, dünkt ihn, dem der ganze Kongreß sonst nicht zu imponieren vermocht hat, der Inbegriff sittlicher Größe. Daß man Punsch überhaupt bezahlt, mag ihm neu gewesen sein; daß man bezahlten Punsch stehen lassen könne, ging aber offenbar über alles, was er zu begreifen vermag, hinaus ...



Professor Karl Adler schreibt mir:

Geehrter Herr Kraus! Ich komme mit einer sonderbaren Bitte: Ich mute Ihnen nämlich zu, einem kurzen Auszug aus einem Aufsatz über die Voraussetzungen der *Feststellungsklage*, insbesondere über das sogenannte Feststellungsinteresse, ein Asyl zu gewähren. Die Frage ist brennend mit Rücksicht auf die bekannten Prozesse gegen die *Creditanstalt* und deren Gründer. Gerade dies ist die Ursache, warum Fachblättern und anderen Blättern in und außerhalb Österreichs, deren Raumverhältnisse die Besprechung aktueller juristischer Gegenstände weit eher gestatten würden und bei denen ich deshalb anfragte, eine solche Erörterung inopportun erschien. In einem Falle fand ich anstatt meines Artikels ein Inserat der Creditanstalt ... Wenn ich meine Artikel noch weiter aus-

bierte, so können sie die Creditanstalt am Ende Geld kosten. — Dieses bedauernswürdige Institut führt die merkwürdigsten Prozesse der Welt. Es gewinnt Geld, wenn es die Prozesse verliert, und verliert Geld, wenn es die Prozesse gewinnt; es hat seinen Gründern Rechte eingeräumt, die nur Unverstand oder böser Wille anzuerkennen vermögen, es muß eine Verwaltung bezahlen, die diese Ansprüche anerkennt, es muß einen Advokaten bezahlen, der zum Nachtheile der Anstalt diese Rechte verteidigt, es muß der Revolverpresse der ganzen Welt Inserate zahlen, damit sein gutes Recht totgeschwiegen werde.

Zwei Fragen sind zu trennen, — eine mit unzweifelhafter, die andere mit bestrittener Antwort. Erstens: Stehen den Gründern der Creditanstalt laut Statut Bezugsrechte bei der gegenwärtigen Emission »junger« Aktien zu? Ich sagte: es ist Unverstand oder böser Wille solche Rechte anzuerkennen. Diesen starken Ausdruck wähle ich nicht, um der Leitung der Creditanstalt nahezutreten. Er soll nur dem Leser die Gewißheit geben, daß diese Frage eine Frage der öffentlichen Moral ist, daß es sich nicht um eine Frage handelt, in der ernste Juristen ¹ überhaupt anderer Meinung sein können, es sei denn, daß sie besonders dafür bezahlt sind. Wer der Sache nachgehen will, muß eben die Statuten der Creditanstalt lesen, dann allenfalls die bezüglichen Ausführungen in Nr. 14 der 'Fackel', vor allem aber das bekannte, ausgezeichnet begründete Urteil des Wiener Bezirksgerichtes in Handelssachen *gegen* — in Wahrheit *für* — die Creditanstalt, auf das die Wiener handelsrechtliche Schule stolz sein darf *und stolz ist*. Wer aber die Statuten nicht selbst gelesen hat, der traue in dieser Angelegenheit *keinem Worte und keiner Zeile*. Die Macht der Gegner der Creditanstalt in dieser Sache reicht weit, denn sie verfügen über deren nunmehr vermehrte Millionen, deren Advokaten und deren Inserate. Auch wenn alle Klagen gegen die Ausübung der Gründerrechte von den Gerichten verworfen werden, so wird dies nie aus dem Grunde geschehen, weil das Gericht annimmt, daß die Gründerrechte in den Statuten gegründet sind ², sondern wegen mannigfacher ganz anderer Momente, von denen der Erfolg einer solchen Klage abhängig ist.

Die zweite — *wirklich* bestrittene — Frage ist nämlich die, ob *dem einzelnen Aktionär* das Recht zusteht, im Wege der von mir angeregten Feststellungsklagen nach § 228 der Zivilprozeßordnung die Aberkennung der Gründeransprüche zu verlangen.

Nach § 228 steht der Feststellungsanspruch demjenigen zu, der das Feststellungsinteresse hat. Das Feststellungsinteresse ist begründet, wenn ein »rechtliches Interesse« an der »alsbaldigen« Feststellung des Rechtsverhältnisses nachgewiesen ist. Das Inter-

1 Auch nicht **Staub** in seinem von der 'Neuen Freien Presse' ausgenützten, übrigens mehr als bedenklichen Artikel zu Gunsten der grundsätzlichen Anerkennung von Gründerrechten. [KK]

2 Diesen Satz darf ich stehen lassen, auch nachdem ich im allerletzten Augenblicke das neueste Urteil des Handelsgerichtes in Wien vom 27. v. M. in Sachen der Creditanstalt gelesen habe. Doch muss ich, um objektiv zu sein, zugeben, daß die sittliche Auffassung des Falles durch das Handelsgericht der sittlichen Auffassung der Börsenkreise näher steht als der meinen. Dieses Wohlwollen, das sich wirklich bis zu einer warmen Verteidigung der Haltung der Creditanstalt versteigt, kann überraschen, aber nicht überzeugen und verfehlt durch das Übermaß seinen Zweck. [KK]

esse an der »alsbaldigen« Feststellung liegt in unserem Falle auf der Hand. Es liegt darin, daß die Gründer verpflichtet sind, die erhaltenen Vermögensvorteile zurückzustellen, wenn es sich zeigt, daß sie ihnen nicht gebührten. (§ 1431 a. b. G. B.) Daß dies nicht schnell genug geschehen kann, ist offenbar. Es bleibt die Frage, ob dieses Interesse auch ein »*rechtliches*« im Sinne des Gesetzes ist.

Der Laie — überhaupt der wahrhaft Unbefangene — wird den Zweifel gar nicht begreifen. Was gibt es Legitimeres, Rechtlicheres als den Kampf ums Recht des kleinen Klosterneuburger Aktionärs, wo ein rechtlicheres Interesse!? So wird auch der Jurist denken, der das Neue in neuen Gesetzen mit Freuden begrüßt, der bedacht ist, dem neuen Rechtsmittel einen möglichst reichen Inhalt und eine möglichst starke Schlagkraft im Dienste des wahren Rechtes zu geben. Diese Richtung hat auch unser Oberster Gerichtshof in vielen Fällen gezeigt. Wird § 228 der Zivilprozeßordnung so aufgefaßt, dann wiegt er eine halbe Aktienreform und sämtliche Aktienregulative der Welt auf. Denn dann ist der einzelne Aktionär imstande, die Aktiengesellschaft gegen Vermögensverschleuderung und Verwalteruntreue zu schützen, strafbare oder rechtswidrige Vorgänge gerichtlich als solche erklären zu lassen. — Anders denkt die Mehrzahl der Juristen. Wir sind im allgemeinen Misoneisten (Neuheitshasser) im Sinne Lombrosos. Wir fragen ein neues Rechtsmittel ¹, eine neue Vollmacht der Gesetzgebung nicht mutig: »Was können wir aus dir machen?« sondern unmutig: »Wie können wir dich los werden ²?« Denn wir hassen besonders die Verantwortung. Und verantwortungsvoll ist es, in die neuen Schläuche des neuen Prozesses auch neuen Wein zu gießen. Bequemer ist es, ohne einen gesetzlichen Anhalt Rechtsverhältnisse zwischen dem Geklagten und einem Dritten von der Feststellung nach § 228 C. P. O. auszuschließen, weil es an dem rechtlichen Interesse des Klägers fehle. Das Interesse des Aktionärs am »Einstreichen des Gründergewinnes« sei kein rechtliches, sondern ein wirtschaftliches, ein finanzielles, soll vollends das Wiener Handelsgericht am 27. Oktober 1899 nach der 'Neuen Freien Presse' vom 28. Oktober 1899 ausgesprochen haben. Ich

1 Deutschland heute (April 2014) löst das Problem elegant, indem bestehende Gesetze nicht angewandt werden oder die Richter sich zu Gesetzgebern aufwerfen. Haftung für die **Schulden** anderer Länder ist nicht zulässig, aber die neueste Anleihe Griechenlands (Warum brauchen die denn schon wieder Geld, ich denke, die Krise ist überwunden?) fand große Nachfrage, weil alle wissen, daß wir (Deutschland!) dafür haften. Die armen und verfolgten sogenannten »Lampedusa—Flüchtlinge«, die sich automatisch wegen **illegaler Einreise** strafbar machen, wenn sie Italien verlassen und die deutsche Grenze überschreiten, werden mit der deutschen Willkommenskultur überschüttet. In Berlin — wo denn sonst — hatte einer aus diesem Gesindel einen anderen **umgebracht**, nun ist die Verlegenheit groß, denn die Behörden wissen nicht, wie der Kerl überhaupt heißt. Einer erklärt, in Griechenland seien die Unterbringungsbedingungen »**unmenschlich**«, also kreierte der Richter für ihn das Recht, hier zu bleiben. Türkische Mörder laufen am Alexanderplatz nach wie vor frei herum und die Brandstifter der Kirche in Hannover—Garbsen können beim besten Willen nicht gefunden werden. Daß das alles nicht neu ist und vor über 100 Jahren von KK schon beschrieben wurde, ersehe man aus der »Methode der verschiedenen Gesichtspunkte« des Herrn Hussarek im mit Textmarke 08 versehenen Aufsatz des Hefes 27. Genießt die Zeit bis zur **Europawahl**, danach wird alles noch schlimmer!

2 Hier begegnet sich der geschätzte Verfasser mit einem Gedanken, den Klein in seinen Vorträgen der Richterschaft auf das Eindringlichste ans Herz, gelegt hat. Anm. d. Herausgebers. [KK]

darf gegen den Satz in dieser merkwürdigen Form nicht polemisieren, da mir der Wortlaut des Urteils nicht vorliegt Soll da behauptet werden, daß finanzielle Interessen oder daß Rechte auf Gründergewinne an sich nicht Gegenstand der Feststellungsklage sein können? Daß der Aktionär am »Einstreichen des Gründergewinnes«, also daran, daß die Gründer Gewinn einstreichen, ein finanzielles Interesse hat, ist wohl auch nicht die Meinung des Handelsgerichtes. Ernstlich steht nur die Frage zur Diskussion, ob die Aktionäre ein rechtliches Interesse daran haben, daß die Gründer Gewinne, die ihnen unstreitig nicht gebühren, nicht einstreichen. Der Richter, der diese Frage verneint, der dem Aktionär das gerichtliche Gehör versagt, möge bedenken, wen sein Spruch erfreuen wird und was für eine Moral er bestätigt. Und er darf nicht etwa sagen, daß ihm ein unvollkommenes Gesetz die Waffe gegen ein verhasstes Unrecht versagt, sondern er mordet den Wortlaut eines gehassten Gesetzes zur Freude des Unrechts mit der Waffe einer geistreich erdachten Theorie; vielleicht in unbewusster Reaktion gegen den demokratischen Geist eines Rechtsmittels, der es so Jedermann verstattet, sogar einen Rothschild mit der Frage nach dem juristischen Stammbaum seiner Gründerrechte zu behelligen.

Für das Feststellungsinteresse des Aktionärs sprechen aber auch schwerwiegende, rein technisch—juristische Gründe. Unser Prozessualist, Professor Skedl, bemerkte gelegentlich einer Besprechung dieser Frage, daß man den Begriff des rechtlichen Interesses nicht aus dem § 228 allein konstruieren dürfe, sondern — was regelmäßig übersehen wird — den § 17 C. P. O., in welchem der gleiche Begriff vorkommt, zurate ziehen müsse. Diese Bemerkung ist von großer Tragweite. § 17, al. 1 sagt: »Wer ein rechtliches Interesse daran hat, daß in einem zwischen anderen Personen anhängigen Rechtsstreite die eine Person obsiege, kann dieser Partei im Rechtsstreit beitreten (Nebenintervention).« Hier ist es nun unbestritten und unbestreitbar, daß ein rechtliches Interesse auch anerkannt werden muß an Rechtsverhältnissen anderer Personen, an fremden Rechtsverhältnissen, wenn nur ein Kausalzusammenhang zwischen der eigenen und der fremden Rechtssphäre vorliegt. Ein solcher Zusammenhang besteht aber unzweifelhaft rücksichtlich der Rechtssphäre der Aktiengesellschaft und des Aktionärs. Ausdrücklich erkennt daher unser Handelsgesetzbuch (Art. 226) an, daß der Aktionär berechtigt ist, bei Prozessen der Gesellschaft gegen Mitglieder des Vorstandes oder Aufsichtsrates der Gesellschaft als Nebenintervenient beizutreten und befreit ihn sogar von einem speziellen Nachweise seines rechtlichen Interesses, das ja ausnahmsweise fehlen könnte. Dieser Fall von rechtlichem Interesse hat am meisten Analogie mit dem rechtlichen Interesse des Aktionärs an der Nichtexistenz der Gründerrechte gegen seine Aktiengesellschaft. Gerade auf diesem Gebiete hat sich also der Gedanke des rechtlichen Interesses an fremden Rechtsverhältnissen besonders frühzeitig Bahn gebrochen. Aber auch zahlreiche andere Fälle der Nebenintervention lassen das Prinzip erkennen, daß auch die Feststellung eines fremden Rechts mein rechtliches Interesse bilden kann, so der Fall der Nebenintervention des Vermächtnisnehmers in Prozessen des Erbschaftsgläubi-

gers gegen den Nachlass. Kurz, nicht nur der Geist des Gesetzes, sondern die Worte und der innere Zusammenhang der Normen sprechen für das Feststellungsinteresse des Aktionärs. Freilich ist für die Begründung der Klage erforderlich, daß das Interesse gefährdet sei, daß die berufenen Organe der Gesellschaft deren Vermögen ihrerseits nicht pflichtgemäß verteidigen. In diesem Falle kann es uns nicht schrecken, sondern nur freuen, wenn der Vertreter Rothschilds das Erwachen einer Kuratel des einzelnen Aktionärs bei einzelnen Geschäften zu befürchten Grund hat. Wie wohlthätig hätte eine solche Kuratel bei der Waffenfabrik und bei der Länderbank gewirkt!

Ihrer Zustimmung gewiß, grüßt Sie freundlichst

Ihr ganz ergebener

Karl Adler.

Czernowitz, 7. Dezember 1899.

P. S. Mögen einige freundliche Ratgeber, die mir andere Blätter für meine Publikationen empfahlen, die Nützlichkeit ihrer Ratschläge an dem zur Einleitung dieser Zeilen Gesagten ermes- sen. Niemand kann verlangen, daß der Mitarbeiter die Verantwor- tung für die Haltung, den Inhalt und den Ton, oder gar für einzel- ne Bemerkungen des Blattes trage, für welches er schreibt. Ob es dagegen sittlich zulässig ist, das Handwerk überzeugungsloser, heuchlerischer und schädlicher Soldschreiber durch Mitarbeit zu unterstützen, ist eine andere Frage; — aber nicht ich, sondern mancher meiner Ratgeber hat die Antwort zu scheuen. Ich glaube, daß das öffentliche Gewissen und speziell die Auffassung akade- mischer Kreise in diesen Dingen einer gesteigerten Empfindlich- keit bedürften. Eines ist jedenfalls unwürdig: Vor der Abfassung einer aktuellen Arbeit den ganzen näheren und ferneren Freun- deskreis, die ganze private und öffentliche Politik des Herausge- bers des Blattes defilieren zu lassen, für welches man schreiben will. Dem entgehe ich bei der 'Fackel'. Und so vermag ich am bes- ten Ihren Kampf gegen den publizistischen Kredit unserer Preß- maffia und deren Börsenpatrone als eine *patriotische Tat* zu schät- zen. Im übrigen halte ich meine Sache von jener der 'Fackel' na- türlich getrennt.

K. A.

*

Mit Freuden verzeichne ich das Zugeständnis eines Universitätsprofes- sors, daß die Auffassung akademischer Kreise von »Sprachrohrbenützung« ei- ner gesteigerten Empfindlichkeit bedürfe. Ich weiß wohl, unter wie starken Bedenken Akademiker den Entschluß fassen, der 'Neuen Freien Presse' einen Beitrag zu leisten, und wie beflissen sie sich nachher dafür entschuldigen. Aber ist es nicht beklagenswert, wenn selbst ein Adolf Exner, der einst, wie ein ihn hochverehrender Schüler mir einmal sagte, erklärt hat, er habe die 'Neue Freie Presse' wiederholt aus moralischem Degout abbestellt, später durch die trügerische Hoffnung, auf solche Weise dem öffentlichen Interesse nützen zu können, sich so weit bringen ließ, daß er die Spalten des Blattes mit seinem illustren Namen schmückte? Ich weiß nicht, ob ich mir das Verdienst anmaßen darf, einen Umschwung bereits angebahnt zu haben. Sicher ist, daß seit der Zeit, da ich diesen Kampf führe, ein Grünhut nichts mehr in der 'Neu- en Freien Presse' publiziert, ein Menzel wenigstens nicht mehr mit vollem Na-

men gezeichnet und Franz v. Liszt die Aufforderung, einen Artikel zu schreiben, mit Zusendung einer für jeden käuflichen Broschüre beantwortet hat, aus der das gleichfalls für jeden käufliche Blatt dann einen Auszug machte.

*

Im Anschluß an den vorstehenden Artikel weise ich noch die Behauptung des nur durch Liebenswürdigkeit und falsche Informationen bestochenen volkswirtschaftlichen Mitarbeiters der 'Zeit' zurück, die Leitung der Creditanstalt sei bei der Einräumung der Gründerrechte in bona fide gewesen. Nur der Laie könne behaupten, daß zu Präjudizialprozessen gegen die Gründer Zeit gewesen wäre. War wirklich kaum denkbarer Weise für diese Prozesse keine Zeit, so war eben der Emissionskurs viel höher anzusetzen, oder am besten, es waren die Aktien auf offenem Markte zu begeben. Ausreden gelten nicht. Es ist bemerkenswert, daß Herr Kanner, der eben durch Liebenswürdigkeit weder bestochen wird noch besticht, den Gründerrechtsschwindel in scharfen Worten verwirft.

* * *

»ATZGERSDORF — AUSSTEIGEN!«

Geehrter Herr, ich erlaube mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich, im Begriffe, nach Görz zu fahren, am 16. d. M. auf dem Perron des Südbahnhofes mir Nr. 25 Ihrer 'Fackel' gekauft habe und von der Lektüre des Artikels über die Südbahn so befriedigt war, daß ich bereits in Atzgersdorf die Notleine zog.

Hochachtungsvoll

Ein Reisender.

*

Ein Angehöriger der Wiener Presse teilt mir gleichfalls mit, daß ihm Nr. 25 als Reiselektüre gedient hatte und daß er sich alsbald aller Gefahren der Südbahnfahrt bewußt geworden ist. Er hatte Gratisbillet bis Abbazia, stieg aber in Vöslau aus und fragt nun an, ob er einen begründeten Anspruch auf den Geldbetrag für die restliche Strecke habe.

*

Sehr geehrter Herr Kraus, wir beehren uns Ihnen mit Rücksicht auf Ihre Schilderung der Südbahnzustände in Nr. 25 Ihres Blattes mitzuteilen, daß wir schon lange nicht mehr — vor allem nicht bei Nacht — mit dieser Bahn fahren.

Hochachtungsvoll

Zwei Südbahnbeamte.



In Geiringers Familientheater ging's vergangene Woche hoch her. C. *Karlweis*, der zur dramatischen Satire hinneigende Oberinspektor der Südbahn, seit Jahren schon als Erbschleicher Nestroys bekannt, wenn nicht gar an Klubabenden der »Concordia« als Wiener Aristophanes gefeiert, ließ das dritte in der Reihe seiner »bürgerlichen« Sittenstücke in Szene gehen. Man

hat diesem freundlichen Herrn gegenüber schon längst alle kritische Besinnung verloren. Ein Theaterdirektor, der heute einen Zyklus O. F. Berg'scher Komödien ausgrübe, würde die allerschärfste Zurückweisung erfahren. Aber wenn der freundliche Epigone sich aus staubigen Archiven Witz und Mache des Wiener Vielschreibers holt, so herrscht einträchtiger Jubel, und jeder preist das Humorgenie, das dem Wienertum erstanden sei, wo doch in Wahrheit nur ein liebenswürdiger und gefälliger Herr Entgegenkommen für Routine und Art eines O. F. Berg gezeigt hat. Mit einem gewissen Sinn für lokale Aktualitäten begabt, mit einem politischen Blick ausgestattet, der an der Lektüre des 'Wiener Tagblatt' geschärft sein mochte, ist Herr Karlweis zuerst dem »kleinen Mann«, dessen Bedrängnisse ihm für eine wohlfeile Ironie wie geschaffen schienen, und später — im »groben Hemd« — den Aposteln des kleinsten Mannes zuleibe gegangen. Zweimal hat seine Satire das Herz jedes ehrlichen Jobbers erwärmt, zweimal seine oberflächliche Geschicklichkeit den Beifall dies geistigen Wien geerntet. »Das liebe Ich«, eine flüchtige Abschwenkung von Nestroys Pfaden, zählt nicht; das Erbe Raimunds mußte in aller Eile angetreten werden, und da dies unter Zustimmung der Kritik hinreichend markiert war, durfte der Sittengeißler wieder sich selbst und ein paar Nestroy'sche Wendungen finden.

Mit seinem »Onkel Toni« erfreut jetzt Karlweis die Wiener Jobberherzen zum drittenmal. Jetzt hat er nämlich zu einer Satire gegen die Wiener Jobber ausgeholt. So energisch stürmt er gegen die maßgebenden Männer unserer Finanzkreise los, daß er im Nu hinter deren Rücken anlangt. Was Herr Karlweis dann noch von dieser Stelle aus zu sagen hat, wirkte auf Herrn Chlumecky so überzeugend, daß er den glücklichen Autor während eines Zwischenaktes in seine Loge beschied und mit Komplimenten überschüttete. Es war ein seltener, von Erwartungen schwangerer Theaterabend. Der satirische Genius, der im Freikartenbüro der k. k. privilegierten Südbahngesellschaft seines Amtes waltet, hatte unerhörte Enthüllungen versprochen. Der Beamte Chlumeckys, der Tyrtaeus des Kampfes, den Herr Krupp um die Baronie gekämpft hat, sollte den entscheidenden Schlag gegen die Verderbtheit der Wiener Finanzwelt führen, gegen die Machenschaften räuberischer Verwaltungsräte, gegen die unter den Augen des Regierungsvertreters so oft vollzogene Versippung von repräsentierendem Adel und unternehmendem Bürgertum. Wer nicht die Physiognomie des Volkstheater—Auditoriums von sonstigen Premieren her kannte, mußte glauben, daß jenes eigenartige Schauspiel, das zu erwarten war, Kulissiers, Bankdirektoren, Sensale, Börsenkontorbesitzer, Großaktionäre, Verwaltungsräte, Wucherer und Herrn v. Chlumecky eigens angelockt hatte.

Herr Karlweis hat seine alten Anhänger nicht in Verlegenheit gebracht. Ein paar beiläufige Pikanterien aus der Sitzung des Verwaltungsrates der Paraguay—Bank, — und die Korruption erhielt den Laufpaß. Für die fernere Entwicklung unseres Wiener Satirikers mag es vielleicht wertvoll sein, wenn er erfährt, daß Herr Alexander Scharf persönlich sich nach dem zweiten Akt in seiner greisen Würde erhob und den in allen Rängen verteilten Opfern der Karlweis'schen Satire das Zeichen zum Applause gab. Der Mann, der die »Sonntagsbriefe vom Schottenring« schreibt, hat den kühnsten Akt des Stückes gerettet; wie sollte der Oberinspektor der Südbahn besorgt sein, daß er sich nach dieser Premiere mit den Wortführern und Nutznießern der Korruption verdorben habe? Zwischen einem verarmten Hochadel, der verzweifelt sich zu der neuen Art des Erwerbs ohne Arbeit bekehrt, und dem bürgerlichen Gründertum, das ein Adelswappen als Aushängeschild für seine verbrecherischen Geschäfte erbeutet, hat Herr Karlweis nicht lange in seinen

Sympathien geschwankt. Mit einer bald kindlich naiven, bald durch ihre offenkundige Tendenz abstoßenden Schilderung aristokratischer *pauvreté* setzt er ein, und mit einer förmlichen Apologie der verführten Börsentugend schließt er. Als diese mit der lasterhaften Aristokratie die große Abrechnung hielt, als der Gründer der schwindelhaften Paraguay—Actiengesellschaft dem Grafen Waldhof die Worte entgegenschleuderte: »Ohne Leute wie *Sie* wären *wir* gar nicht denkbar!«, und man den Aufschrei eines von Starhemberg gepeinigten Taussig zu hören vermeinte, da zog etwas wie Haussestimmung durch den Saal, es war wie die »Katharsis« in der griechischen Tragödie, die endliche *Reinigung*, die hier der Wiener Aristophanes an den Kursmachern im Parkett vollzogen hatte, und den Hervorrufen der begeistert kreischenden Menge konnte der Mann, der sich einst gegen das Erscheinen des Autors bei Premieren verschworen, nicht widerstehen.

Über die antikorruptionistischen Anspielungen, die Karlweis mit ausdrücklicher Bewilligung Chlumeckys gewagt, mußten natürlich die Preßleute sachte hinübergleiten. Es ist nur natürlich, daß die Schweiggelder auch für die auf dem Theater dargestellte Korruption gelten. Der Gründer der Paraguay—Bank schien den Herren so lebendig gezeichnet, daß manch einer auf dem Sprunge war, ihn bei offener Szene um eine »Beteiligung« anzusprechen. In den Blättern freilich wurde die trotz dem versöhnlichen Ausgang unliebsame Geschichte in eine ferne Vergangenheit zurückverlegt. Die Ahnenwitze der 'Fliegenden Blätter', mit denen Herr Karlweis den Feudaladel ins Herz zu treffen wähnt, fanden natürlich uneingeschränkte Bewunderung, die Verhöhnung des verarmten Edelmanns, dessen Unverständnis für Geldgeschäfte als Kretinismus dargestellt wird, erweckte ein freudiges Echo, und eine satirische Methode, der die Rückständigkeit des Mietzinses als das Um und Auf feudaler Reaktion gilt, ward lebhaft approbiert. Aber daß es heutzutage Finanzgauner gibt, schien den Herren, die ihr tägliches Brot von ihnen beziehen, unwahrscheinlich.

»Die geschilderten Verhältnisse sind die einer Zeit, da Wien ein glänzender Schauplatz von schwindelhaften Gründungen war«, versicherte der Herr im 'Fremdenblatt'. Daß es heute herabgekommene Aristokraten gibt, gesteht das angebliche Adelsblatt zu; Graf Waldhof sei »von A bis Z, mit einer Geschlossenheit und Folgerichtigkeit gezeichnet, die schon ein Lob höherer Kategorie verdient«. Aber »er ist einer jener verschuldeten Aristokraten, denen *damals, wie behauptet wird*, mit Vorliebe Präsidentenstellen angeboten wurden«. Und der besorgte Theaterplauderer, der über die Vorgeschichte des »Onkel Toni« seinen Klatsch berichtet, fügt an anderer Stelle im Jargon hinzu: »Hoffentlich hat sich die wirkliche Finanzwelt nicht beleidigt!« Fürst Starhemberg als Präsident der Waffenfabriksgesellschaft und Herr Taussig kommen für unsere Blätter nur im volkswirtschaftlichen, nicht im Theatertheile in Betracht. »Karlweis weckt die *Erinnerungen* an jene Tage, in welchen ein stark strebender Finanzgeist mit einem stark sinkenden Hochadel in einträchtigem spekulativen Bemühen sich zu finden anfangen«, meint der träumerische Herr vom 'Neuen Wiener Tagblatt', und Taussigs Hofnarr, Julius Bauer, scherzt im 'Extrablatt', daß der »Gründungsschwindel hierzulande längst ver-rauscht« sei, daß aber »eine gute Satire nie zu spät komme«. Neben diesem in der Gunst der Bankkreise feststehenden Humoristen versichert ein Aspirant für Taussigs Gastmähler, daß »Karlweis' Satire gegen den Banken— und Gründerschwindel *doch* etwas zu spät komme«. Der alte Uhl in der 'Wiener Zeitung' hinwiederum hält die Sache für *verfrüht*. Wehklagend ruft er: »Staatsmänner haben in den letzten Jahren wiederholt ausgesprochen, es fehle uns an Unternehmungsgeist, das Geschäft müsse gefördert werden; ob also

gerade heute für die witzige Züchtigung der Paraguay—Gründung in Wien die richtige Stunde geschlagen hat, ist fraglich ... Brennend wird die Frage erst werden, wenn der *Becher des Gründens* bei uns wieder überschäumen sollte.« Es ist nicht unwichtig, von offiziöser Seite zu erfahren, worauf die wirtschaftlichen Bestrebungen unserer Staatsmänner gerichtet sind. Hoffentlich wird es Herrn Hofrat Uhl nicht schaden, daß er seinen Auftraggebern eine unbezähmbare Sehnsucht nach Paraguay—Gründungen zugemutet hat.

Aber zwischen der verschollenen Gründerzeit und dem noch nicht überschäumenden Becher des Gründens verlangt die lebendige Wirklichkeit des Herrn Karlweis ihre Rechte. Bei allen Bedenklichkeiten bezüglich des behandelten Stoffes und bezüglich der behandelten Sujets haben doch alle anerkannt, daß der »Onkel Toni« Figuren enthalte, die »aus dem Leben herausgerissen« seien. In der Tat. Aber vorläufig nur durch den freundlichen Herrn Karlweis, der wegen der taktvollen Art, in der er's tat, demnächst schon bei der Südbahn avancieren wird, nicht durch den Staatsanwalt aus dem Leben herausgerissen, der den *höchst aktuellen* Stoff viel kräftiger anpacken würde.

* * *

Am Montag den 18. Dezember hat die '*Wiener Allgemeine Montags—Zeitung*', das Montagblatt der '*Wiener Allgemeinen Zeitung*', ihr kurzes Leben geendet. So soll denn, ehe noch die Menschen von nächster Woche ihre Existenz vergessen haben, ihre Biographie geschrieben werden. Die '*Wiener Allgemeine Zeitung*' war seit längerer Zeit nicht nur von der Regierung, sondern auch vom Polenclub soutenierte worden. Unter dem Ministerium Badeni waren die Interessen von Regierung und Polenclub identisch, unter dem Ministerium Thun deckten sie sich größtenteils. Aber im Frühjahr 1899 schien es den Polen, als ob ihre speziellen Meinungen und Wünsche in dem Blatte nicht hinreichend vertreten wären, und so kam man auf den Gedanken, eine Montagsausgabe zu schaffen, die stärker als die tägliche die Polenoffiziosität zum Ausdruck bringen sollte. Herr v. Kozlowski, Herr Rappaport und einige andere Edle steuerten Geld bei, und der Vertreter des Polenclubs in der Redaktion der '*Wiener Allgemeinen Zeitung*' — eine Art polnischen Landsmannredakteurs —, Herr Inlender, übernahm die Leitung des Montagblattes. Aber nach wenigen Monaten fiel Graf Thun, Clary wurde Ministerpräsident, und zum ersten male seit zwei Dezennien versagte der Polenclub einer Regierung seine Gefolgschaft. Damit war das Todesurteil über die '*Wiener Allgemeine Montagszeitung*' gesprochen. Denn die '*Wiener Allgemeine Zeitung*' sah sich vor die Wahl gestellt, entweder auf die Subvention der Regierung zu verzichten — die Herrn Karminskis freundliches Entgegenkommen ihr auch weiterhin sicherte, obwohl die neuen Minister die Absicht geäußert hatten, den bisherigen offiziösen Schmutzblättern zu kündigen —, oder den Polen untreu zu werden. Herr Glogau, der Intimus des Pressbüros, entschied sich natürlich für die Regierung. Nicht darum, weil etwa von den Geldern des Preßfonds mit größerem Rechte als vom Polengelde gesagt werden könnte: non olet, sondern weil die Regierung mehr zahlt. Nun wurde allerdings der Gedanke erwogen, die '*Wiener Allgemeine Montagszeitung*' von der täglichen Ausgabe unabhängig zu machen und ganz dem Polenclub zur Verfügung zu stellen. Aber diesem Plane stellte sich zwar nicht die Identität der Redakteure — die schreiben nach links und rechts gleich schlecht —, wohl aber die Namensgleichheit der Blätter und die Gemeinsamkeit der Abonnenten und Leser als Hindernis in den Weg. So hat denn Herr Glogau auf die Fortführung des Montagblattes verzichtet, die Polen stellen ihre Zahlungen ein und Herr Inlender, ein Mann

von römischer Charakterstärke, der nur für die Polen schreibt — er schrieb früher gleichzeitig für ein liberales und ein antisemitisches Polenblatt und schreibt gegenwärtig für den konservativ—klerikalen 'Czas' — scheidet aus der Redaktion der 'Wiener Allgemeinen Zeitung'. Die Sache hat aber noch eine traurige Folge. Mit dem Gelde des Polenclubs wurde jeden Montag die moderne Literatur gefördert. Damit hat's jetzt ein Ende. Auch die kritischen Burgtheaterzettel, durch die Herr Salten so überzeugend nachwies, daß die meisten Rollen, die jetzt Herr Fiala innehat, eigentlich dem Herrn Wiesner gebühren, werden uns nicht mehr erfreuen. Das »Wursteltheater«, in dem zur Abwechslung einmal der Jude nicht erschlagen ward, sondern selbst zu erschlagen versuchte, wird geschlossen. Dem modernen Geist ist eine wöchentliche Dotation von mindestens zwanzig Gulden entzogen ...

* * *

Der Pariser Korrespondent der 'Neuen Freien Presse' kann bekanntlich nicht Französisch. Nun stellt es sich aber heraus, daß auch der römische Korrespondent nicht Italienisch kann. Nur zur Übersetzung seines Namens *Blum* in »*de Fiori*« haben seine Sprachkenntnisse knapp hingereicht. Im Abendblatt vom 7. Dezember schreibt der Herr in einem Berichte über den Prozeß gegen die Mafia den Satz: »Und zwei Jahre darauf ... wurde Notarbartolo, während die Staatsregierung ihn wieder an die Spitze der vielgeprüften Zettelbank berufen, in grausamer Weise *unterdrückt*.« Die unsinnige Verwendung der Konjunktion »während« und des Wortes »unterdrückt« statt »ermordet« könnte den Leser auf die Vermutung bringen, daß Herr Blum nicht Deutsch kann, eine naheliegende Präsumpion bei einem Redakteur der 'Neuen Freien Presse'. Aber diese Vermutung ist nur teilweise richtig, und die Sache hängt wirklich mit der Unkenntnis des Italienischen zusammen. Die Originalberichte des Herrn Blum sind nämlich Übersetzungen von Notizen der römischen Zeitungen. Da stand nun das Wort: *soppresso*; und da Herr Blum im Taschenlexikon dafür lediglich die Übersetzung *unterdrückt* fand, kam ihm nicht in den Sinn, daß es vielleicht auch »ermordet« heißen könne. — So steht es mit den Korrespondenten in Frankreich und Italien. Und in London weilt jetzt Herr Handl, der zwar Englisch versteht, aber sonst nichts, und der ein paar frozzelnde Äußerungen, mit denen der Gouverneur der Bank von England den lästigen Frager abwies, zu einem ernsthaften Berichte über die Absichten der Bank verarbeitet.

* * *

DIE 'NEUE FREIE PRESSE' AUF ALTER HÖHE.

Der Politiker (16. Dezember): »Die Tschechen sind nur das trojanische Pferd der Obstruktion, welches man sieht. Aber drinnen in dem hölzernen Bauch sitzen in traulichem Verein die Feudalen, die Polen, die Katholische Volkspartei, und wenn nur recht nachdrücklich auf das Brett geklopft wird, wie es heute geschah, dann kann man ihre wahre Stimme auch hören.«

Der Kriegs—Correspondent (18. Dezember, Abendblatt): »Wie General Buller berichtet, hat er zehn Geschütze im Stiche lassen müssen, weil sämtliche *Pferde* von den Boers niedergeschossen wurden, während *eines von ihnen demontiert* wurde.«

Der Sonntagsnovellist (17. Dezember): »Da hing jene Porzellanmaske von Rudder ... *Das hat Einer gemacht, der das weiß, daß es solche Menschen gibt, die so sind, daß sie nur im Schlafe lächeln können.*«

Der Literaturkritiker (16. Dezember): Mit dem neuen Buche betritt sie (die Schriftstellerin) Berliner Boden, wo sie *als Mensch* seit ein paar Jahren lebt. ¹«

Der Theaterkritiker (14. Dezember): »Chrysis wandert in den Kerker und leert den *Schierlingsbecher des Sokrates.*«

* * *

Die Direktion der »Gesellschaft der Musikfreunde« teilt mir mit, daß ihr niemals von einer Schülerin des Konservatoriums eine Beschwerde wegen zudringlicher Liebenswürdigkeiten eines Professors zugekommen ist. Ich habe auch wirklich niemals vorausgesetzt, daß eine Schülerin wagen würde, sich über die Köpfe der Leitung des Konservatoriums hinweg an die Direktion der »Gesellschaft der Musikfreunde« zu wenden. Aber diese Direktion wäre, wie sie mir versichert, über solche Kühnheit erfreut und gewillt, derartigen Beschwerden energisch nachzugehen. Ich hoffe also, daß bei gegebenem Anlasse eine mutige Schülerin ihr Gelegenheit geben wird, diesen Willen zu bestätigen.

ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS.

Graf Goluchowski, Wien, I. Ballplatz. Sie behaupten, daß nicht der Stil, nur die Gedanken des Exposés von Ihnen stammen. Dann wären Sie also tatsächlich an dem Exposé ganz unbeteiligt. Aber die Ausrede gilt nicht, daß der Stilblütenkranz Ihres diplomatischen Ruhmes von Herrn Doczi gewunden war. Erstens hat Ihr Sektionschef als gewandter und sprachkundiger Feuilletonist schon seinen Befähigungsnachweis erbracht, ehe Sie noch als sein Vorgesetzter in Aussicht genommen waren. Und zweitens hätten Sie, wenn er wirklich der Autor ist, dem Herrn, der nächstens aus seinem Dichterstübchen im Auswärtigen Amte in die Chefredaktionsstube des 'Pester Lloyd' übersiedeln wird, doch nachträglich die Sprachfehler ausbessern sollen. Leitartikeln mag er nach Herrn Max Falk; die Leser werden keinen Unterschied merken. Aber ein Exposé muß doch — die gedankliche Nichtigkeit zugestanden — wenigstens stilistisch sauber gehalten sein.

Passant. Ich weiß es: Der Fiakerkutscher, der neulich wegen Schnellfahrens an einer Straßenkreuzung vor dem Strafrichter stand und sich mit der Erklärung verteidigte, daß er einen Erzherzog »geführt« habe, ist freigesprochen worden. Aber ich glaube, daß Sie sich irren und gegen den Richter ungerecht sind. Er hat sein Urteil durchaus nicht im abgekürzten Loyalitätsverfahren gefällt. Wohl aber hat den Wachmann, der den Kutscher »aufschrieb«, bei der Verhandlung sein Gedächtnis im Stiche gelassen, und auf seine Versicherung, daß der beanstandete Fiaker »auch in umgekehrter Richtung« gefahren sein könne, mußte der Richter, dem plötzlich der Tatbestand entzogen war,

1 »Serwas Franz« scheint doch noch nicht die Bedeutung *aller* Wiener Ausdrücke zu kennen.
[KK]

mit Freispruch vorgehen. Glücklicherweise ist damals kein Passant dem Schnellfahrer in die Quere gekommen. Sonst wäre ein Unglück nicht zu verhüten gewesen: der Wachmann hätte einen sicheren Anhaltspunkt für sein Erinnern gewonnen.

Thespiskarrenschieber. Über die Gründe, die den Burgtheater—Kapellmeister zum Selbstmord getrieben, wird man aus den Blättern allerdings nicht klug. Der Mann hatte eine schlecht dotierte Stellung. Die Intendanz hat offenbar an ihm gespart, um die 2,5 fl. Spielhonorare für die gagelosen Damen zu beschaffen. Man sagt, daß der arme Orchestermann neben dem Souffleur zu jenen Angestellten des Burgtheaters gehörte, die sich noch ein wenig künstlerischen Ehrgeiz bewahrt hatten. Gewiß waren beide die angestrengtesten Leute im ganzen Hause. Der Kapellmeister sicherlich seit dem Einfall des Herrn Schlenther, Raimunds »Verschwender« dem Repertoire der Hofbühne einzuverleiben. Ich bin zu wenig pietätvoll aufgelegt, um über die Vorstellung, der ich beigewohnt, zu berichten. Über den Kainzschwindel habe ich schon vor dem festen Engagement des neuesten Wiener Valentin meine Meinung gesagt. Meine Herren Kollegen von der Presse müssen sich, wie ich seitdem mit Vergnügen bemerke, mit stetig wachsendem Widerwillen zu dem Enthusiasmus für den Heros der Dürftigkeit zwingen. Neulich setzte er sich in den Kopf, Valentins »Hobellied« vorzutragen. Es war abscheulich. Man dachte an Girardi; aber die wehmütig wienerische Weise weckte auch die Erinnerung in den toten Kapellmeister, den die Herren Hofschauspieler auf den Proben jedesmal anschrieten, wenn sich herausstellte, daß sie nicht singen konnten ...

Atta Troll. Welcher unter den Heine—Festartikeln unserer Tagespresse mir der bemerkenswerteste scheint? Der tiefsinnigste war jedenfalls der Leitartikel der 'Neuen Freien', der das in Deutschland wieder erwachende Verständnis für Heine mit den wirtschaftlichen Großtaten des seligen Herrn Caprivi in Zusammenhang bringt. Nicht uninteressant war auch das Feuilleton der 'Wiener Allgemeinen'. Herr Salten hat zwar für zionistische Blätter gearbeitet; aber Heine gegenüber ruft er wehklagend aus: »Die Rassentheorie besitzen wir jetzt, und aus dem Blut heraus werden Zusammengehörigkeiten konstruiert. Auch daß man »Gesinnungen« haben muß und daß das »Volk systematisch von Heine wegerzogen« wird, geht ihm wider den Strich. Und wer sind denn diese Leute, die bei uns Literaturgeschichte schreiben? »Papierseelen, die in den Klassikern herumplätschern« ... Das macht aber alles nichts. Man wird doch den großen Mann feiern, »dessen HUNDERTSTER GEBURTSTAG heute WIEDERKEHRT«. Nach alledem ist es kein Wunder, wenn, wie der festliche Feuilletonist versichert, »der Tote in seinem Grabe auf dem Montmartre—Friedhof SEHR LEBENDIG ist«. Ich weiß schon, was soll es bedeuten ...

L. Kn., cand. med. Ich danke für Ihren freundlichen Eifer, kann Ihnen aber nicht sagen, wie der Herr heißt, und muß ehrlich gestehen, daß ich Ihre Empörung nicht teile. Von einem Montagblatte angegriffen, ist fast so ehrenvoll wie von einem Tagesblatte totgeschwiegen zu werden. Überdies kann ich mit dem Konterfei ganz zufrieden sein. Hören Sie nur: »Das alltägliche glatte Gesicht auf dem etwas großen Kopfe zwischen hohen Schultern, an denen überlange Arme gemessen agieren ...« Daß die Herren, die das große Schweigen der Wiener Presse mutig unterbrechen und zum Angriff auf meine Person ausholen, nicht Deutsch können, ist eine alte Erfahrung. Aber bezeichnend ist es jedenfalls, daß mir, der ich so vielen Männern der Feder unaufhörlich lange Finger nachsage, bloß lange Arme nachgewiesen werden können. Ferner macht mir der Angreifer einen Vorwurf daraus, daß er mich »noch nie erregt gesehen« hat. Nun begreife ich ja, daß der Redakteur eines zionistischen Montagblattes Erregung durch lebhaftes Gestikulieren der Hände auszu-

drücken gewohnt ist. Aber, er sollte doch gegen den Nebenmenschen, dessen Arme »gemessen agieren«, etwas toleranter sein. Und vollends hart klingt sein literarisches Urteil. Welcher Art ist das Interesse des Publikums für die 'Fackel'? »Man wälzt sich behaglich in dem Tümpel, welchen Klatsch und eine scharfe Zunge dem skandallüsteren Großstädter immer bereiten.« Ja, so ist es und nicht anders; der Klatsch und eine scharfe Zunge bereiten dem Publikum einen Tümpel, in dem es sich dann wälzt. Die Zunge gehört aber offenbar zu dem gewissen Gesichte, daß AUF einem etwas großem Kopf sich befindet ...

X. Wie es kommt, daß die 'Neue Freie Presse' so rasch den Bericht über die Audienz des Rabbiners Kisch bringen konnte? Der Rabbiner hatte gefragt, ob er die gnädigen Worte des Kaisers seinen GLAUBENSGENOSSEN mitteilen dürfe. Er erhielt die Bewilligung dazu und ging, wie begreiflich, schnurstracks in die Fichtegasse, woselbst das Organ der Deutschen in Österreich etabliert ist.

Veritas. Ich bin natürlich bereit, auch in diesen von falscher Prüderie sorgsam behüteten Winkel hineinzuleuchten. Nur scheinen mir allgemein gehaltene Klagen nutzlos und überflüssig, wo eine kurze Anzeige an die Staatsanwaltschaft Abhilfe schaffen könnte. Sie teilen mir mit, daß Ihre zwölfjährige Tochter, die eine Bürgerschule besucht, neulich ganz aufgeregt nach Hause kam und beteuerte: »Mutter, in der Schule lernen wir nichts Gutes! Unsere Herren Lehrer sprechen solche Schweinereien, daß wir uns schämen müssen«; die »großen, hübschen Mädchen« würden in augenfälliger Weise bevorzugt usw. — — Sie müßten einfach die NAMEN der freundlichen Jugendbildner der Öffentlichkeit bekanntgeben. Der Staatsanwalt, der bisher gewiß nicht geglaubt hat, daß »so etwas vorkommen kann«, würde sich dann für das Schicksal der Kleinen in Haus und Schule, für Mißhandlungen wie übertriebene Zärtlichkeiten an Kindern interessieren. Summarische Vorwürfe sind wertlos, und die Gesamtheit der ohnedies hart kämpfenden Wiener Lehrer hat ein Recht, die Namen der Schänder ihres Standes zu erfahren. Dann bedarf es nicht mehr der Aufsichtsdame, die nach Ihrem launigen Vorschlag einem jeden der Herren während der Unterrichtsstunde an die Seite zu setzen wäre, Herr v. Kleeborn wird sich ein Vergnügen daraus machen, dies Amt zu übernehmen.

Paula. Besten Dank, aber »kluge« Urteile über Lyrik taugen nichts.

Dr. Hugo M. Ich habe keine Zeit und Gelegenheit, der Sache nachzugehen. Mitteilungen über diesen oder jenen Banditen, der sich durch seine volkswirtschaftliche Tätigkeit ein ansehnliches Zwischen—den—Zeilen—Honorar erspart hat, sind mir immer willkommen. Nur mögen Sie bedenken, daß es nicht meine Aufgabe sein kann, »unser« Preßbüro von allen Subjekten zu befreien. Eklatante und nachweisbare Fälle von Erpressung werden von mir jederzeit »tunlichst« berücksichtigt werden.

Mehrere höhere Töchter. Wer ist der treffliche Pädagoge, der in die Vorträge über deutsche Literatur seine Ansichten über die Ehe und zugleich »praktische Ratschläge« flicht? Wenn er sich nächstens wieder einmal bei der Lektüre eines Klassikers als Agent eines Heiratsvermittlungsbüros bewähren sollte, dann versäumen Sie nicht, die interessanten Stellen seines Vortrages mitzustenographieren und mir sodann eine Abschrift zu übersenden.

»*Ein treuer Abonnent*«. Bitte um Ihren Namen; dann erfolgt Antwort bezüglich der Chiffre.

Herrn P. W. Sie müßten mir vorher Ihren Namen rennen und vorher die Beweise für eine so schwere Beschuldigung erbringen. Dann mit Vergnügen.

Den zahlreichen wohlmeinenden Briefstellern und allen Sendern stets willkommener Mitteilungen meinen besten Dank, den ich diesmal und in Zukunft Zeitmangels halber nicht mehr an einzelne Chiffren verteilen kann.

**Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: Karl Kraus.
Druck von Moriz Frisch, Wien, I., Bauernmarkt 3.**